Stuttgart links

Deutsche Kommunistische Partei – Kreis Stuttgart Extraausgabe Dez.10

Tiefbahnhof S21plus verhindern

„Besser als nix“ meinte der Grünen Stadtrat Wölfle, als Heiner Geißler sein „weiter so“ am Ende der „Schlichtung“ am 30. November verkündete. In den „Schlichtungsrunden“ ging es den Herrschenden nie um das bessere Konzept, sondern nur darum, wie lässt sich das Misstrauen der Bürger gegen die undurchsichtigen Entscheidungen der da oben kanalisieren. Trotz aller Verschleierung und der Vorenthaltung von Informationen, es ließ sich nicht verbergen: der Tiefbahnhof ist unvernünftig, teuer, nicht leistungsfähig und widerspricht allen Ansprüchen einer nachhaltigen und ökologischen Verkehrs- und Stadtpolitik.

Börsenbahn statt Bürgerbahn

Wie bei der Verkehrspolitik im ganzen Land, ging es Politik und Bahn auch in Stuttgart nie um das, was den Menschen nutzt, sondern um die Frage, wie lassen sich die Gewinne privatisieren. Spätestens seit der Änderung des Grundgesetzartikels 87, im Jahr 1993 von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, gemeinsam gegen die Stimmen der PDS beschlossen, ist offensichtlich wohin die Bahn fährt – Börsenbahn statt Bürgerbahn. Nachdem vor 130 Jahren die Eisenbahnen gegen fürstliche Entschädigung der Eisenbahnkönige verstaatlicht worden sind, verfügte der Staat nicht nur über die Bahn, sondern auch über ein immenses Grundstücksvermögen in allen Ballungsräumen. Diese Vermögenswerte sind über anderthalb Jahrhunderte von den Fahrgästen, den Eisenbahnern und durch Steuermittel geschaffen worden.

Bahnflächen werden entdeckt

Dazu passt, dass 1993 nicht nur durch die Grundgesetzänderung die Basis für die Bahnprivatisierung geschaffen wird. Kurz danach wollen angeblich der Bahnvorstand Dürr zusammen mit dem Ministerpräsidenten Teufel, dem damaligen Verkehrsminister Wissmann und Manfred Rommel bei einem Hubschrauberflug die 100 ha Bahnfläche in Stuttgart entdeckt haben. Diese werden frei, wenn der Bahnhof vergraben wird.

Bahnvermögen als Spekulationsobjekt

Bereits im Jahr 1993 teilte die Deutsche Bahn mit, dass sie sich aus den Bahnhöfen zurückziehen wird. Fahrkartenschalter und Reisezentren würde die Bahn dann zurückmieten. Der Kopfbahnhof Leipzig sollte das neue Pilotprojekt für die Bahn 21 werden. Eigentümer des Leipziger Bahnhofs ist ein geschlossener Fonds der Deutschen Bank. Der Leipziger Bahnhof wird von einer ECE-Gesellschaft betrieben. Diese Gesellschaft ist eine Tochter des Otto-Versandhauskonzerns. Die ECE, einer der größten europäischen Immobilienkonzerne spielt auch bei S21 eine wichtige Rolle. In den nächsten Jahren, soll neben dem Büchergefängnis auch ein riesiges Einkaufszentrum errichtet werden. Nicht umsonst waren OB Schuster und die Verkehrsministerin Gönner bis vor kurzem Berater für diese Firma. Die Hilfe von Schuster geht soweit, dass er dem an der propagierten Bahnmagistrale Paris-Bratislava liegenden Einkaufszentrum entgegen den Vorstellungen des Gemeinderates statt 1250 Parkplätze rund 400 mehr genehmigt hat. Er wird wissen, dass der Tiefbahnhof doch nicht so leistungsfähig sein wird, wie sie es uns weismachen wollen.

Exemplarisch sei nur der Verkauf des bahneigenen Fernsprechnetzes an die Mannesmann AG in 1997 erwähnt. Zur gleichen Zeit, wen wundert´s, war der bereits erwähnte Bahnvorstand Heinz Dürr auch Aufsichtratsvorsitzender bei Mannesmann. Das Fernsprechnetz wurde für schlappe 800 Mio. DM verkauft um es dann für bis zu 1,2 Mrd. DM jährlich zurückzumieten, bis die Bahn es 2002 nunmehr unter Mehdorn (jetzt Berater für Verkehrsprojekte für den Wertpapierhändler Morgan Stanley!) für 2,5 Mrd. DM von Vodafone wieder zurückkaufte. Fürwahr ein tolles Geschäft für eine ökonomisch wirtschaftende Bahn.

Um der Bahn restlos den Garaus zu machen, haben CDU/CSU und FDP im Koalitionsvertrag vereinbart, dass das Personenverkehrsförderungsgesetz geändert werden soll. Durch flächendeckende Zulassung von Fernbuslinien sollen nach dem System der US-amerikanischen Greyhounds mit im Schnitt 30 bis 40% billigeren Tickets die Fahrpreise der Bahn im Fernverkehr unterboten werden. Für die Bushersteller Daimler und MAN eröffnen sich neue Absatzfelder.

Nepper, Schlepper, Bauernfänger

Die Tricks in Stuttgart sind kein Sonderfall bei der Verschleuderung öffentlichen Vermögens, sondern bundesdeutscher Standart. Bemerkenswert ist lediglich die Monstrosität. Bei öffentlichen Projekten wird mit mindestens 2% Schmiergelder, legitimiert als Aufsichts- und Beiratsvergütungen, Spenden und dergleichen gerechnet. Bei 10 Milliarden Euro Bausumme kommt mit 200 Millionen ein nettes Taschengeld für die „Helfer“ zusammen.

"Kapital flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens." Fußnote in „Das Kapital" Band 1, Abschnitt 24, Karl Marx

Zeit sich zu wehren

Die Massenbewegung gegen S21 zeigt, dass Widerstand erfolgreich sein kann, wenn er solidarisch und über Parteigrenzen hinaus organisiert wird. Denn nicht nur in Stuttgart werden die Interessen der breiten Bevölkerung ignoriert: Sozialabbau, Kriege in aller Welt, Beschneidung demokratischer Rechte und Raubbau an der Natur.

Die Verantwortung für unsere Gesellschaft dürfen wir nicht den Parteien überlassen, indem wir alle 4 bis 5 Jahre ein Kreuzchen machen. Die bürgerlichen Parteien vertreten die Interessen der Herrschenden und das sind immer noch die Banken und Konzerne. Wenn wir etwas ändern wollen, dann müssen wir aus dem Kampf gegen S21 lernen. Endecken wir unsere Macht und entscheiden wir selbst, wie wir leben und arbeiten wollen. Durch solidarischen Widerstand auf der Straße, durch Organisation in Betrieb, Schule und Uni und durch unser Mitwirken in Gewerkschaften und Bewegungen können wir uns einmischen und etwas verändern. Setzen wir mehr direkte Demokratie durch, solidarisieren wir uns mit den Kämpfen anderer. Wehren wir uns gegen die Beschränkung demokratischer Rechte, wie der Verschärfung des Demonstrationsrechtes in Baden-Württemberg. Und vor allem; lassen wir uns nicht spalten. Wir sind mehr und wir sind im Recht.

Für unsere Zukunft – Kapitalismus überwinden.

Einladung

Stuttgart21 plus – Der Protest geht weiter

Veranstaltung der DKP Stuttgart im Bürgerzentrum Feuerbach (Bonatzbau), Stuttgarter Straße 15 (ehemaliges Roser Areal, Nähe Obi), Stuttgart-Feuerbach

Dienstag, 14.12.2010, Beginn 19:00 Uhr

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart
Spendenkonto 2078906,
BW-Bank, BLZ 60050101

Impressum
DKP Kreis Stuttgart
Reinsburgstr. 178a, 70197 Stuttgart,
Tel. u. Fax 0711 6599900
www.dkp-stuttgart.org

Schlichterspruch? - Schlechter Spruch!

„Der Herr des Ringens" titelte das Stuttgarter Wochenblatt und feierte damit den „Schlichter" Geißler und seinen „Schlichterspruch". Genauso gefeiert wird das angeblich zukunftsweisende „Stuttgarter Modell" der sogenannten Fachschlichtung, die nur durch den hartnäckigen Protest der Massen zustande kommen konnte und bei der längst nicht alle Fakten auf den Tisch kamen. So unterlagen maßgebliche Dokumente der Geheimhaltung.

Auftrag erfüllt

Mit wirklicher Demokratie hatte das aber nichts zu tun. Wenn auch mit der Übertragung der Schlichtung viele Sachinformationen ins Land getragen wurden, bleibt trotzdem festzustellen, dass spätestens mit dem „Schlichterspruch" vor allem die S21-Befürworter punkten konnten. Geschickt wurde Geißler von den keineswegs unparteiischen Medien zum scheinbar objektiven Richter über das Milliardenprojekt S21 hochstilisiert. Gleichzeitig konnten sich Mappus und die Bahn als gesprächsbereit darstellen – alle hatten sie plötzlich Kreide gefressen! Viele der Zehntausenden, die noch zuvor ihren Protest auf die Straße getragen hatten, wurden dazu verleitet, sich wieder in die Zuschauerrolle zu begeben und illusionäre Hoffnungen in diese Schlichtung zu setzen. Doch weder der offensichtliche Irrsinn des Milliardengrabs S21, dem sogar der bestehende Kopfbahnhof „K20" überlegen ist, noch die erwiesene Machbarkeit der kostengünstigeren und bahntechnisch sinnvolleren Alternative K21 konnten Geißler davon abhalten, seinen Auftrag zu erfüllen und S21 den Segen zu erteilen. Die von ihm verlangten Nachbesserungen sind letztendlich kosmetischer Natur und würden vor allem die Kosten dieses jetzt schon unwirtschaftlichen Projektes in die Höhe treiben. Weitere Milliarden Steuergelder, die für wirklich notwendige Bahnprojekte dringend benötigt werden, würden sinnlos vergraben werden.

Demokratie geht anders

Diese Fachschlichtung soll angeblich eine zukunftsweisende „Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie" sein. Doch gerade hier zeigt sich, warum den Herrschenden das Umlenken des demokratischen Protests in parlamentarische Bahnen, die Befriedung und die angebliche „Versachlichung" der Auseinandersetzung durch PR-erprobte „Experten" so wichtig ist. Auf dieser Bühne können sie ihre Medienmacht ausspielen. Tatsächliche Demokratie kommt ihnen jedoch nicht in den Sinn: Einer verbindlichen Bürgerbefragung erteilten die Herrschenden durch Geißler eine klare Absage. Denn eine Entscheidung gegen S21 würde u.a. der Bahn einen Verlust von über einer Milliarde bereiten.

Bürgerbefragung und Medienmacht

Wir fordern eine verbindliche Bürgerbefragung. Über S21 sollen die Menschen aus der Region Stuttgart abstimmen, denn sie sind vorrangig betroffen. Über die Neubaustrecke Wendlingen - Ulm hat die Bevölkerung des Landes zu entscheiden. Demokratisch kann eine Bürgerbefragung letztlich aber nur sein, wenn beide Seiten die gleichen Möglichkeiten haben, ihren Standpunkt in der Öffentlichkeit zu vertreten. Doch dem steht entgegen, dass sich die Medien großteils im Privatbesitz einiger weniger befinden und keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Langfristig kann eine Demokratisierung der Medien nur durch ihre Überführung in öffentliches Eigentum verwirklicht werden!

Die Landtagswahl nächsten Jahres wird S21 wohl kaum verhindern.
Der Widerstand gegen S21 muss weiter auf der Straße stattfinden!
Sofortiger Bau- und Vergabestopp!